

## **PRESSEERKLÄRUNG DES VORSTANDES DES BARNIMER MITTELSTANDSHAUSES VOM 29.10.2020**

### **Zur Schließung der Dienstleistungsbetriebe, der Kultur- und Sozialeinrichtungen durch die Videokonferenz der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder am 28.10.2020**

Unbeeindruckt vom deutlichen Widerspruch des Bundestagsvizepräsidenten Kubicki, des Freistaates Thüringen, des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes sowie vieler Politiker und Juristen, die alle auf verfassungsgemäße parlamentarische Verfahren drängen, hat die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder ohne parlamentarische Zustimmung am 28.10.2020 Maßnahmen beschlossen, die tief in die Grundrechte, unter anderem in die Berufs- und Gewerbeausübungsfreiheit eingreifen. Dies sei notwendig, so wird erklärt, da 75 % der Infektionsquellen nicht bekannt seien und ansonsten das familiäre Weihnachtsfest verboten werden müsse.

Dieser Beschluss trifft einen großen Teil unserer Mitglieder empfindlich. Erneut stehen Gastronomiebetriebe, Tourismusbetriebe, Veranstaltungsbetriebe am Anfang einer Totalschließung. Die Kundenzahl des Einzelhandels wird weiter beschränkt und die Arbeitgeber sollen die Kontakte der Belegschaft untereinander und Kundenkontakte sowie ihre betrieblichen Abläufe reduzieren. Dies alles, obgleich eine Vielzahl von gerichtlichen Urteilen diese Maßnahmen bereits in der Vergangenheit immer wieder als rechtswidrig aufgehoben haben.

Ein erheblicher Teil unserer Mitgliedsunternehmen hat noch an den Lasten der Einschränkungen im März und April 2020 schwer zu tragen. Die Umsatzrückgänge sind noch nicht aufgeholt, die Rückzahlung der gewährten Stundungen und Rückforderungen von Soforthilfen nicht erledigt. Die nunmehr beschlossene zweite Beschränkung der Gewerbeausübung trifft mit ganzer Wucht auf unsere bereits angeschlagenen Unternehmen und Einzelunternehmer.

Sollten diese drastischen Beschränkungen bis zum Jahresende andauern, werden diese Unternehmer und ihre Mitarbeiter das von der Bundeskanzlerin erwähnte Weihnachtsfest nicht genießen können, weil es die Unternehmen und ihre Arbeitsplätze dann möglicherweise nicht mehr geben wird.

Wir fordern vor diesem Hintergrund, dass die offenbar abhanden gekommene politische Vernunft zurückkehrt, die Exekutive wieder die Vorgaben der Legislative umsetzt und die Gerichte diesen Prozess kontrollieren. Dann können unsere Unternehmen auch wieder etwas dazu beitragen, dass die Menschen verantwortungsbewusst ihr Leben in der Pandemiezeit und danach gestalten können.

Bis dahin wird das Barnimer Mittelstandshaus seine Mitglieder und die Unternehmer der Region weiter unterstützen und informieren sowie solidarische Hilfe und Kooperationen befördern. Wir bieten unsere Hilfe bei der hoffentlich unbürokratisch geregelten Beantragung der angekündigten Wirtschaftshilfen und Hilfsmaßnahmen an und vertreten die Interessen der betroffenen Unternehmen nachdrücklich in den entsprechenden politischen Ebenen.

**Vorstand**

**Telefon**

**Fax**

**Mail**

**Bankverbindung**